

Gernot Graeßner, Christiane Mauntel, Elke Püttbach

Gefährdungen von Kindern - Problemfelder und präventive Ansätze: Zur Einführung in dieses Buch

Dieser Reader bietet eine Vielzahl von Informationen und Denkanstößen zur Reflexion von Gefährdungen von Kindern und Jugendlichen unter ihren heutigen Lebensbedingungen. Die Beiträge wurden so ausgewählt, daß sie aus der zumeist interdisziplinären Sichtweise der Verfasser und Verfasserinnen für das Studium, die Fort- und Weiterbildung und die Praxis im und für den Kinderschutz wissenschaftliche Orientierungen und Anregungen bieten. Sie zeigen direkt oder indirekt Möglichkeiten präventiven Handelns in der professionellen, ehrenamtlichen und politischen Arbeit zur Verbesserung der Situation von Kindern an besonders kritischen Orten ihrer Lebenswelt auf. Nach einer ersten Klärung der Begriffe Prävention und Intervention boten sich zur Darstellung die Problemfelder Familie, Schule, Gesundheit und Kommunikation unter Gleichaltrigen an. Die Verarbeitung von Risiken und Gefährdungen durch Therapie und aktiven Kinderschutz sind als spezifische Aspekte der Umgangsweisen mit Gefährdungen zu sehen; die Beiträge zu den Rechten von Kindern und Jugendlichen sowie zur Kommunalpolitik charakterisieren zwei Faktoren, die als Rahmenbedingungen präventiven Handelns eine wichtige Rolle spielen. So unterschiedlich die Aufsätze im Einzelnen angelegt sind, sie setzen sich alle für ein umfassendes, ja ganzheitliches, Verständnis von Kinderschutz ein, das sie nicht nur Studierenden und im Kinderschutz engagierten Personen nahebringen wollen, sondern auch jenen, die in direkter oder indirekter Weise die Lebenssituationen von Kindern beeinflussen und gestalten.

Klaus Hurrelmann gibt in seinem einleitenden Beitrag eine Orientierung zum Begriff der Prävention. Er warnt zu Recht vor einer Inflationierung dieses Begriffes, zumal dieser sowohl in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung nicht immer im gleichen Sinne benutzt wird. Auch in der Praxis sind höchst unterschiedliche Vorstellungen zu beobachten, wenn der Begriff der Prävention auf konzeptionelles Handeln hindeuten soll. Ausgehend von einem

bestimmten Verlaufsmodell von Belastungs-Bewältigungs-Prozessen reserviert Hurrelmann den Begriff der Prävention für Maßnahmen, die vor dem Eintreten beeinträchtigender Ereignisfolgen einsetzen, während Maßnahmen nach dem Eintreten solcher Ereignisse interventiven Charakter haben. Auf diese Weise ist es möglich, die Begriffe Prävention und Intervention in einen sinnvollen theoretischen und praktischen Bezug zu setzen. Zugleich ist es möglich, über diese Vorstellung von Prävention einen interdisziplinären Kontext zu erschließen; der Begriff der Prävention in diesem Verständnis ist zugleich für die Probleme der Praxis operationalisierbar.

Birgit Holler beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit Prävention und Intervention am Beispiel von gesundheitlichen Beeinträchtigungen/psychosomatischen Beschwerden im Jugendalter.

Unter psychosomatischen Beschwerden faßt sie jene spezifischen körperlichen Beeinträchtigungen, die - ohne erkennbare physische oder organische Veränderungen verursacht - sich in ihrem chronischen Verlauf verselbständigen können: Sie müssen stattdessen als körperliche Streßreaktionen aufgefaßt werden. Sie stellen eine Verarbeitungsform psychosozialer Spannungen dar, die gegen die eigene Person 'nach innen' gerichtet ist, und der soziale Konflikte zugrunde liegen. Empirische Untersuchungen belegen, daß psychosomatische Erkrankungen in allen Altersgruppen zunehmen und geschlechtsspezifischen Unterschieden unterliegen.

Gerade das Jugendalter ist unter präventions- und interventionstheoretischen Aspekten besonders interessant, weil - neben forschungsmethodischen Vorteilen - in dieser Zeitspanne das Krankheitsverhalten für das gesamte spätere Erwachsenenalter geprägt wird. Als bedeutsamste Risikofaktoren im Jugendalter werden Schulleistungsschwierigkeiten, häufige Konflikte mit den Eltern und verschiedene nicht-schulische Belange genannt. Nach dieser Analyse müssen präventive und interventive Maßnahmen sowohl die Betroffenen als auch ihr soziales Umfeld einbezogen werden - insbesondere Lehrer/-innen und Eltern mit dem Ziel der Förderung der Handlungskompetenz. Weiterhin sind sozial-politische Maßnahmen notwendig, die die sozialen Lebensbedingungen und sozial strukturell verankerten Belastungskonstellationen für Belastungen betreffen und Voraussetzungen sind bzw. schaffen für gesundheitliches Wohlbefinden.

In ihrem Beitrag Drogengebrauch und Prävention: Von Problemen, die Kinder und Jugendliche im Umgang mit Drogen haben geht *Elisabeth Nordlohne* von einem breit gefaßten Drogenbegriff aus, der neben den sogenannten illegalen Drogen auch die Alltagsdrogen umfaßt wie die Genußmittel

Alkohol und Tabak, aber auch Arzneimittel. Neue Forschungen belegen, daß diese Alltagsdrogen von immer jüngeren Menschen und immer häufiger konsumiert werden. Die Abhängigkeit von Drogen und süchtiges Verhalten werden als Resultat eines Wirkungszusammenhanges unterschiedlicher Faktoren erklärt und empirisch belegt. Alltagsdrogen spielen dabei eine wichtige Rolle bei der Lebensbewältigung. Der Umgang mit ihnen stellt eine wichtige Entwicklungsaufgabe des Jugendalters dar, deren Bewältigung verbunden ist mit den konkreten unmittelbaren Lebensbedingungen und insofern das Resultat der individuellen Verarbeitung der sozialen, kulturellen und dringlichen Umwelt darstellt. Als besondere Risiken (für gesundheitsgefährdendes Verhalten im Jugendalter) ermittelt die Autorin Beanspruchungskonstellationen in den zentralen Lebensbereichen Jugendlicher in Schule, Familie und Gleichaltrigengruppe. Demnach erscheint es sinnvoll, vorrangig Präventionsmaßnahmen zu entwickeln und damit die Methoden herkömmlicher Gesundheits-erziehung (z.B. Aufklärung über gesundheitliche Risiken) zu vernachlässigen.

Jugendlichen müssen funktional äquivalente Hilfen zur Lösung bzw. Bewältigung von Problemlagen während ihrer Entwicklungsphase zum Erwachsenenalter angeboten werden, die der Attraktivität und Funktionalität von Drogen nahekommen, und die den Konsum von Genuß- und Arzneimitteln so auf ein (notwendiges) Mindestmaß reduzieren helfen, so die Verfasserin. Nicht die generelle Ablehnung von (Alltags-)Drogen, sondern der gelemte "sinnvolle" Umgang mit ihnen kann daher nur ein wichtiges Ziel von Präventionsmaßnahmen sein.

Jochen Wissinger charakterisiert die Lebenswelt Schule mit zwei Schlagworten: Organisation und Institution. Organisation steht für die Bürokratie der Schule, Institution für die handelnden Personen. Die Geschichte der Schule in der industriellen Welt ergibt, daß beide Schlagworte im Gegensatz zur Pädagogik stehen können: die für die Aufgabe der "sozialen Plazierung" notwendige Wissensvermittlung und die Standardisierung der Leistungen lassen die Erfüllung emotionaler und erzieherischer Erwartungen in den Hintergrund treten. Schule als Ort professionell organisierter Erziehung arbeitet z.Z. nur mit geringem Erfolg was - so sein Gedanke - eine stärkere Professionalisierung nötig macht. Die psychischen Belastungen der Lehrer und Lehrerinnen, vor allem aber der Schüler und Schülerinnen machen den Zweck der Schule und die Art ihrer Arbeitsweise fraglich - ein Ansatzpunkt für präventives Handeln. Für Kinderschutz - wenn er von außen an die Schule herangetragen wird - kann dies die Empfehlung bedeuten, auf die von *Wissinger* bezeichneten Schwachstellen des "sozialen Systems Schule" besonders

einzuweisen, nämlich die gefährdeten Bereiche der Persönlichkeitsentwicklung zu stärken, in denen es - wie Wissinger sagt - um Anerkennung, Liebe und Zuneigung geht. Prävention unter diesem Aspekt bedeutet aber auch, daß Kinderschutz die Chance suchen sollte, gerade hier eine Verbindung zu den gleichermaßen gefährdeten Bereichen in Familie und sozialer Umwelt herzustellen, aus der Sicht der Kinder also die Segmentierung der Lebenswelten ein wenig überwinden zu helfen. Bei letzter Aufgabe wäre die Schule ohnehin weit überfordert.

Der Beitrag von *Angelika Engelbert* knüpft an aktuellen Charakterisierungen und Prognosen zum familialen Wandel und zur Situation der Kinder in Familien an, die nahezu durchgängig Problem- bzw. Gefährdungsbereiche identifizieren und in diesem Zusammenhang vor allem auf "neue" Familienverhältnisse und -formen (wie z.B. Ein-Eltern-Familien, multiple Elternschaft, Ein-Kind-Familie) abstellen. Die hieraus abgeleiteten Diagnosen und Visionen einer gravierend gefährdeten Familienkindheit werden von der Autorin einer kritischen Analyse unterzogen. Wichtige und identifizierbare familiäre Problembereiche für Kinder werden vor dem Hintergrund ihres gesellschaftlichen Bedingungskontextes reflektiert und im Hinblick darauf hinterfragt, ob diese Problempunkte tatsächlich schwerpunktmäßig auf die Veränderung der Formen familialen Zusammenlebens zurückgeführt werden können. Die Analyseergebnisse zeigen, daß vielmehr familiäre Alltagsprobleme und dahinterstehende strukturelle Unvereinbarkeiten bzw. außerfamiliäre Anforderungen an Eltern und Kinder sowie fehlende gesellschaftliche Hilfestellung bei der Lösung der Probleme im Familienalltag die eigentliche Brisanz der Gefährdungen von Kindern in Familien ausmachen. Angesichts der potentiellen Alltagsprobleme und Stressfaktoren des familialen Zusammenlebens - bedingt durch allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen - ist weniger der grundsätzliche familiäre Zusammenhalt von Bedeutung, als die Frage, ob und wie die Alltagsprobleme bewältigt und zur Zufriedenheit aller Familienmitglieder gelöst werden können, und ob die Familien hierbei auf gesellschaftliche Ressourcen in Form von Unterstützungssystemen und Hilfeangeboten zurückgreifen können. Ansatzpunkte für Prävention verortet die Autorin im Bereich der Familienpolitik und einer sich erst noch zu etablierenden "Sozialpolitik für Kinder". Wenn Familienpolitik präventiv - d.h. im Sinne einer Gefahrenvermeidung für Kinder - wirksam werden soll, dann muß sie - so Engelbert - konsequent die Kinder im Blick haben und nicht bestimmte familiäre Arrangements. Sie muß problembezogen vorgehen, d.h. am Familienalltag und seinen Unvereinbarkeiten ansetzen und sich möglichst als Querschnittsaufgabe

etablieren, indem sozialpolitische Momente auch in anderen Politikbereichen Berücksichtigung finden. Als weitreichende Anforderung an eine "Sozialpolitik für Kinder", die über den Rahmen der Familie hinausreicht, formuliert Engelbert die Forderung einer kindgerechten Umwelt und Stadtgestaltung, die Anerkennung der Kinder als Menschen mit eigenen Bedürfnissen und Rechten sowie die Abkehr von einer "Perfektionshysterie", die Überwachung und Diskriminierung erzeugt.

Hans Zygowski kritisiert in seinem Beitrag "Kindliche Probleme als Objekt psychotherapeutischer Intervention" die in den letzten Jahren stark zu verzeichnende Tendenz der Therapeutisierung kindlicher Probleme. Im Mittelpunkt seiner Kritik stehen dabei die systemischen Familientherapien. Probleme des Kindes werden hier gesehen als Produkt eines dysfunktionalen Familienumfeldes, und kindliche Verhaltensstörungen erscheinen als Symptome, die nur vor dem Hintergrund der Beziehungen im Familiensystem zu verstehen sind. Weitere soziale Lebensbedingungen und ihre Abhängigkeit von übergreifenden gesellschaftlichen Verhältnissen hingegen werden als soziale Kontextvariablen nicht berücksichtigt. Das Kind oder die Familie als isoliertes therapeutisches Objekt zu behandeln, bedeutet nach Zygowski eine Individualisierung oder Familisierung kindlicher Probleme zu betreiben und verkennt, daß kindliche Probleme und sogenannte Verhaltensstörungen einen spezifischen Sinn in sich tragen, der mit bezug auf die gesamte soziale Lebenssituation des Kindes aufzuschlüsseln ist. Aus dieser Kritik heraus entwickelt Zygowski ein psychosoziales Problemverständnis, das kindliche Probleme und abweichendes Verhalten vor dem Hintergrund psychosozialer Belastung reflektiert und Hilfen zur Problembewältigung im Bereich psychosozialer Praxis verortet. Psychosoziale Praxis umfaßt die psychosoziale Beratung, die auf die Vermittlung von psychosozialer Handlungskompetenz für Eltern und Kinder zielt, Eingriffe in soziale Lebensbedingungen und alltägliche gesellschaftliche Strukturzusammenhänge sowie die in Netzwerk- und Empowermentansätzen vorgesehene Einbeziehung sozialpolitischer Rahmenbedingungen. Der psychosoziale Ansatz bietet so auch die Voraussetzung für eine sozialökologisch und präventiv orientierte Sozialpolitik für das Kind, die sich im Vorfeld der Entstehung psychosozialer Probleme um die politische Durchsetzung kindgerechter gesellschaftlicher Lebensbedingungen bemüht.

Wilhelm Brinkmann setzt sich in seinem Aufsatz für besseren Kinderschutz ein und macht dies in einer Diskussion des Themas Kindesmißhandlung deutlich. Kinderschutz sieht er in der Spannbreite gesellschaftlicher Anstrengungen zum Schutz von Kindern vor möglichen Bedrohungen einerseits und

eingegrenzten Formen der Intervention und Prävention angesichts besonderer Konfliktlagen andererseits. Innerfamiliäre Gewalt steht im Mittelpunkt seiner Betrachtung. Durch ein sozialwissenschaftliches Ursachen-Modell kann er Kindesmißhandlungen als Vordergrundproblem für tieferliegende Ursachenbündel von Familienkrisen einordnen, die sich in verfestigten Beziehungsstörungen, belastenden Lebensumstände, unterschiedlichen individuellen und sozialen Ressourcen, unterschiedlicher Erreichbarkeit sozialer Netzwerke u.a. äußern. Die Ursache von Kindesmißhandlungen ist, allgemein ausgedrückt, die Unfähigkeit, mit belastenden und spannungsgeladenen Situationen fertig zu werden. Brinkmann entwickelt aus seiner Analyse Prinzipien für einen neuen Kinderschutz. Hierzu gehören seinem Vorschlag gemäß eine geringstmögliche Intervention und grundsätzliche Betroffenenorientierung. Kinderschutz wird zu einer Service-Leistung, die die Autonomie und Selbstverantwortung der Betroffenen respektiert, eine Zersplitterung von Hilfeangeboten vermeidet und zur Selbsthilfe ermutigt. Diese Prinzipien haben praktische Folgen für die Helfer: Sie haben sich in ihren Normalitätsvorstellungen, Motivationen, Kontrollbedürfnissen, Gewaltphantasien und Machbarkeitsansprüchen zurückzunehmen. Helfen - so Brinkmanns Aussage - kann nur, wer gelernt hat, wer Verständnis erworben hat für die spezifische Dynamik familialer Gewalt und für die subjektive Wirklichkeit der von ihr Betroffenen.

Die von *Hans Oswald* dargestellten eigenen Untersuchungsergebnisse zur sozialisatorischen Bedeutung von Beziehungen und Freundschaften unter Gleichaltrigen verweisen auf die besondere Aufgabe, die den Interaktionen mit gleichaltrigen Kindern zukommt. Sie leisten nicht nur einen eigenen Beitrag zur sozio-kognitiven Entwicklung, sondern werden angesichts der geringer werdenden Möglichkeiten zu von Erwachsenen unbeaufsichtigtem Spiel (aufgrund zurückgehender Kinderzahlen, der baulichen Gestaltung des Wohnumfeldes und der beschränkten Wohnverhältnisse etc.) zunehmend wichtiger. Hierfür ist es notwendig, den Kindern mehr Freiräume für Spiel, Diskussion, Aushandlung und Streit außerhalb der Reichweite von Erwachsenen zu ermöglichen sowie Lern-, Übungs- und Spielsituationen zu organisieren, die viel Raum für Kooperation und Auseinandersetzung zwischen den Kindern geben. Aus dem Blickwinkel der Prävention kommt hierbei der Schaffung von Freiräumen für eigene Lernprozesse in den Lebenswelten von Kindern (wie z.B. in der Familie, dem Wohnumfeld und der Schule) eine besondere Bedeutung zu, und viele Überlegungen sind darauf zu richten, wie die Chancen für diese Lernmöglichkeiten vergrößert werden können.

In seinem Überblicksartikel *Gesundheit und Gesundheitsförderung* stellt *Peter Franzkowiak* das Konzept der Gesundheitsförderung vor und setzt dieses in Beziehung zu einer präventiv orientierten Kinderschutzarbeit. Ausgehend von der Grundthese, daß das Konzept der Gesundheitsförderung im Sinne der Ottawa-Charta sich als konzeptionelle Umsetzungsstrategie und praktische Handlungsanleitung für Prävention als neue Leitidee moderner lebensweltorientierter Kinderschutzarbeit anbietet, arbeitet er entsprechende Handlungsfelder und -strategien einer präventiven Praxis der Gesundheitsförderung heraus. Diese noch allgemein definierten Handlungsbereiche beziehen sich auf die Schaffung und Erhaltung gesundheitsfördernder Lebenswelten, die Durchsetzung gesundheitlicher Chancengleichheit, die Förderung von Partizipation und Teilhabe durch Bürgerbeteiligung und Unterstützung von gesundheitsbezogenen Gemeinschaftsaktionen, die Entwicklung persönlicher Kompetenzen und Unterstützung bei der Lebensbewältigung sowie die Umorientierung von Gesundheits- und Sozialdiensten. Die entsprechende Handlungsorientierung hierzu kann als einmischende Praxis und anwaltschaftliches Handeln für und mit Betroffene(n) definiert werden und sich konkretisieren lassen in den Handlungsstrategien: Voraussetzungen für Gesundheit schaffen und erhalten, Interessen vertreten, Befähigen und Ermöglichen sowie Vermitteln und Vernetzen (Netzwerkförderung). Abschließend verweist Franzkowiak auf zwei unterschiedliche Herangensweisen einer präventiv ausgerichteten Gesundheitsförderung mit Zielgruppen. Diese beziehen sich auf die Überprüfung und Neuorientierung bisheriger Handlungsstrategien im Hinblick auf die gewählten Zielgruppen und Aktionsschwerpunkte an den Handlungsfeldern der Ottawa-Charta sowie die Neuorientierung des professionellen Selbst- und Rollenverständnisses an den Ansätzen von Empowerment und Netzwerkförderung.

Peter Knösel gibt einen umfassenden Überblick über das komplizierte und verschachtelte System von Rechten, die in bestimmter Weise Kinder betreffen. Dies reicht von internationalen Rechten, dem Verfassungsrecht bis hin zu einzelnen Rechtsbereichen, die bestimmten Lebenszusammenhängen zuzuordnen sind (BGB, Verfahrensrechte, KJHG, Ausländer, Strafrecht, Arbeit, Bildung/Schule, Arbeit und die spezielle Rechtssituation, die sich aus dem Einigungsvertrag ergibt). Die dokumentierend-kommentierende Arbeit macht deutlich, daß es im internationalen Recht trotz der UN-Konvention kaum einklagbare Rechte für Kinder gibt und daß die Rechte der Kinder im deutschen Rechtsraum vielfach vertreten in einzelnen Rechtsbereichen geregelt sind. Der Bedarf - so kann aus Knösels Darstellung gefolgert werden - an

einer Erweiterung von Rechten, die eine Verbesserung der Lebenssituation von Kindern in ihren unterschiedlichen Lebenswelten erlauben, ist nach wie vor erheblich, da sie häufig mit allgemeinen Rechtsregelungen kollidieren, die den Kindern das Nachsehen geben. Prävention bedeutet hier die Arbeit an weiterer Rechtsentwicklung, aber auch an Ausschöpfung bisheriger Regelungen und Verfahren. Dies gilt besonders dann, wenn es sich um Lebensbereiche wie Verkehr, Familie, Gleichheit der Lebensverhältnisse, Gesundheit oder Umwelt handelt. Die Zusammenstellung und Interpretation bietet durch ihre systematische Form zahlreiche Ansatzpunkte für die häufig vernachlässigte (weil wenig bekannte) Einbeziehung rechtlicher Regelungen zur Unterstützung praktischer präventiver Arbeit.

Für eine methodisch angelegte Einmischung in kommunalpolitische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse plädiert *Gernot Graeßner* in seinem Beitrag. Kommunalpolitik in ihrer Komplexität sieht sich heute hohen Partizipationserwartungen politisch handelnder Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Mandatsträger und Verwaltungen sind in bestimmten Fragen auf Zuarbeit und Beratung sachverständiger Gemeindemitglieder angewiesen, die sich aus Betroffenheit und speziellen Kenntnissen als Experten erweisen können. So besteht die Chance, daß diese Bürgerinnen und Bürger die Umsetzung ihrer Forderungen beobachten und die Bearbeitung der von ihnen gewünschten Effekte trotz aller Interessenkonflikte und Widerstände kontrollieren können. Um kommunalpolitisch im Interesse von Kindern wirksam auftreten zu können, müssen sich die handelnden Personen und Organisationen freilich Voraussetzungen schaffen, indem sie Politikbereitschaft entwickeln, als Gruppe agieren, interne Konflikte sachorientiert austragen, kommunale Entscheidungsstrukturen beachten und nach außen erkennbare Handlungsweisen präsentieren. Effektive Eingriffsmöglichkeiten zugunsten von Kindern verlangen systematische Arbeitsmethoden vom Aufbau eines Informationssystems über kommunalpolitische Interventionsstrategien bis zur Entwicklung von Planungs- und Kontrollinstrumenten. Fachlichkeit und methodisches Vorgehen führen zu einer Wirksamkeit, die Kinderschutz-Organisationen in die Lage versetzen, auf kommunaler Ebene präventiv zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern beizutragen und gesellschaftliche "Kinderfeindlichkeit" tendenziell zu mindern.

Leser und Leserinnen werden feststellen, daß die Beiträge der Texte z.B. in der geschlechtsspezifischen Verwendung von Termini den Eigenheiten der Verfasser und Verfasserinnen entsprechen. Ihnen allen sei herzlich gedankt

für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit und für die unkomplizierte Kooperation bei der redaktionellen Erstellung des Buches.